



INHALT Seite 1: DANKE; LSBTTIQ • Seite 2: Knapper Wohnraum, hohe Mieten •
Seite 3: Akademisierungswahn? • Seite 4: Termine

DANKE !

Zunächst einmal vielen Dank für Eure Unterstützung und Euer Vertrauen – ich freue mich sehr, dass ich wieder Euer grüner Kandidat im Wahlkreis Tübingen sein darf. Ich bedanke mich auch bei Coco Rutz, die als Zweitkandidatin nominiert wurde und natürlich auch bei Sebastian und Viktoria.

Die Befürworter der Wahl von Barack Obama 2012 haben häufig „Four more years“ (Vier Jahre mehr) gerufen – bei uns sollten es doch bitte schon „Five more Years“ werden.

Für den Wahlkampf sind Coco und ich auf Eure tatkräftige Unterstützung angewiesen, von der grünen Jugend bis zur grünen Gründer_innengeneration und natürlich allen, die sich selbst dazwischen einsortieren.

Deshalb werden wir **am 12. September zum Wahlkampfworkshop** zusammentreffen und planen, wie wir diesen Wahlkreis wieder gewinnen wollen.

Ich wünsche Euch eine schöne Sommerzeit!



LSBTTIQ – mal ganz einfach!

Ein paar aktuelle Infos zum Thema LSBTTIQ und ein paar Begriffserklärungen

Die letzten Monate hat sich im Bereich der Gleichstellung von LSBTTIQ viel getan: so stimmte im Mai Irland positiv über die Homoehe ab, im Land haben wir den Aktionsplan LSBTTIQ verabschiedet und am 25.7 fand der CSD Stuttgart mit über 200.000 Zuschauern und 4.500 Teilnehmenden unter der Schirmherrschaft von Fritz Kuhn statt. Am Abend zuvor hatten die Grünen Baden-Württemberg zum Regenbogenempfang in die Landesgeschäftsstelle geladen. Viele weitere CSDs wurden in weiteren Großstädten Baden-Württembergs gefeiert.

Wer noch begriffliche Wissenslücken hat, findet in einer [Broschüre](#) der Landesregierung Hilfe:
Begriffe zur sexuellen und geschlechtlichen Identität:

Den **Landesaktionsplan für Akzeptanz & gleiche Rechte in Baden-Württemberg** findet ihr bei Bedarf [hier](#)

Beim CSD-Empfang der Landesregierung wurde zwischen dem Land und dem Netzwerk LSBTTIQ eine [Zielvereinbarung](#) unterzeichnet.

Knapper Wohnraum, hohe Mieten

Wichtige Entscheidungen der Landesregierung, um die Versorgung mit bezahlbaren Mietwohnungen zu verbessern - eine Übersicht.

In vielen Ballungsgebieten und Zuzugsgemeinden ist günstiger Wohnraum schwer zu finden – das gilt auch in besonderem Maße für unseren Landkreis. Die grün-geführte Landesregierung hat darum wichtige Entscheidungen getroffen, um die Versorgung mit bezahlbaren Mietwohnungen verbessern. Hier eine Übersicht über die aktuellen Maßnahmen der Landesregierung und bestehende Regelungen:

1. Umsetzung der Mietpreisbremse

Durch Bundesgesetz der schwarz-roten Koalition in Berlin kann die Landesregierung eine Mietpreisbremse für Neuvermietungen erlassen.

2. Absenkung der Kappungsgrenzen von 20 auf 15 Prozent bei Bestandsmieten

Das Maßnahmenpaket II für mehr bezahlbaren Wohnraum enthält zwei Teile: eine Verordnung über die Absenkung der Kappungsgrenzen und eine Verlängerung der Kündigungssperrfrist.

3. Verlängerung der Kündigungssperrfrist nach Umwandlung von Miet- und Eigentumswohnungen

Zum Schutz von Mietern bei der Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen und anschließendem Verkauf wird es eine Verordnung zur Kündigungssperrfrist geben.

4. Verbot der Zweckentfremdung von Wohnraum

Mit dem Wohnungspolitischen Maßnahmenpaket I hat die Landesregierung den Kommunen zwei Instrumente an die Hand gegeben, um gegen steigende Mieten vorzugehen: Das Verbot der Zweckentfremdung von Wohnraum sowie die Erschwerung der Umwandlung von Mietwohnraum in Eigentumswohnungen.

5. Umwandlungsverordnung

Per Rechtsverordnung gibt die Landesregierung Kommunen die Möglichkeit, die Umwandlung von Mietwohnungen in Eigentumswohnungen zu erschweren. Dazu müssen Kommunen für die relevanten Gebiete eine Erhaltungssatzung erlassen.

6. Landeswohnraumförderprogramm

Das Landeswohnraumförderprogramm ist ein Baustein zur Wohnraumversorgung im Land und wurde von der grün-roten Koalition 2013 neu ausgerichtet.

7. Förderung von Wohnungen für Flüchtlinge

Im Landesförderprogramm Wohnraum für Flüchtlinge stehen 2015 und 2016 jeweils 15 Mio. € bereit. Die Mittel können für den Erwerb und die Schaffung von neuem Wohnraum verwendet werden.

8. Verbilligte Abgabe von Landesgrundstücken

Zur Förderung des sozial orientierten Wohnraums ist seit Juli 2014 eine neue Verwaltungsvorschrift des Landes über die verbilligte Abgabe von landeseigenen Grundstücken in Kraft.

9. Novellierung der Landesbauordnung

Seit 1. März 2015 ist die neue Landesbauordnung in Kraft. Die Neuregelungen führen zu mehr Barrierefreiheit, unterstützen den Fahrradverkehr und erleichtern die Nutzung regenerativer Energien sowie die Verwendung von Holz als Baustoff.

Mehr zu den einzelnen Punkten [HIER](#).

Akademisierungswahn?

Immer mehr junge Menschen zieht es an die Uni – Reaktion der Landesregierung.

Seit vielen Jahren steigt der Anteil der Hochschulabsolvent_innen: weil immer größere Teile eines Jahrgangs studieren, aber auch, weil Menschen sich zusätzlich qualifizieren wollen und weil eine bessere Ausbildung auch einen besseren Schutz vor Arbeitslosigkeit und ein höheres Einkommen in Aussicht stellt.

Es gibt aber auch Kritik an dieser Entwicklung: So spricht der SPD-Politiker und Philosophieprofessor Julian Nida-Rümelin von „Akademisierungswahn“, weil die Akademisierung nicht zu mehr wirtschaftlichem Wohlstand führe. Die steigenden Studierendenzahlen bedeuteten an den Universitäten Niveauverlust. Und das deutsche Erfolgsmodell der dualen beruflichen Bildung blute immer mehr aus.

So kommt die Kritik auch von den Industrie- und Handelskammern, die deshalb vorschlagen, den Zugang zur akademischen Bildung zu beschränken oder zumindest weniger in die akademische Bildung zu investieren. Dieser Auffassung tritt unsere grüne Wissenschaftsministerin Theresia Bauer entschieden entgegen. Ihre Thesen und ihre Antworten auf diese wichtige bildungspolitische Herausforderung sollen hier kurz dargestellt werden:

- Die hohen individuellen Bildungsaspirationen im Land dürfen nicht ausgebremst werden. Dass viele Menschen heute nach höherer Bildung streben, versteht die Landesregierung als wertvolle Ressource, die es zu nutzen gilt. Das Streben nach besserer Bildung wurde jahrelang eingefordert, es wäre kontraproduktiv, jetzt in einem Hochtechnologieland wie Baden-Württemberg plötzlich eine Kehrtwende zu vollziehen.
- Die Landesregierung übernimmt die Verantwortung, allen die studieren wollen und können, ein ausreichendes, hochwertiges und vielfältiges Angebot an Studienplätzen bereitzustellen. Deswegen sollen, wie im Koalitionsvertrag formuliert, „mittelfristig mindestens 50 Prozent eines Altersjahrgangs im Lauf ihres Lebens ein Hochschulstudium abschließen“.
- Es geht nicht um Akademisierung um jeden Preis. Ziel der Landesregierung ist eine zukunftsfähige Balance von akademischer und beruflicher Bildung, nicht das Ausspielen von beruflicher gegen akademische Bildung.
- Die Landesregierung setzt darauf, die traditionelle Segmentierung von beruflicher und akademischer Bildung zu überwinden. Dazu gehört, dass die Attraktivität der beruflichen Bildung dauerhaft durch mehr Durchlässigkeit zwischen Berufsbildung und Hochschulen gesteigert wird.

Es geht darum, die offenbar immer noch als sehr strikt wahrgenommene Trennung zwischen beruflicher und akademischer Bildung aufzuheben. Eine wachsende Zahl junger Menschen wird eine berufliche Ausbildung nur dann beginnen, wenn sie mit der Option auf ein paralleles oder späteres Studium einhergeht.

Den Artikel in voller Länge gibt es [HIER](#).

Termine bis zur Landtagswahl

Unser grüner Fahrplan zur Landtagswahl

21. August 2015: Einsendefrist für Anträge zur LDK Pforzheim

12. September 2015: Workshop des KV Tübingen zur Landtagswahl

16. September 2015: **Kreismitgliederversammlung**

10. Oktober 2015: [Landesdelegiertenkonferenz](#) in Pforzheim.

Auf unserem Parteitag in Pforzheim wählen wir unseren Landesvorstand und weitere Gremien.

17. Oktober 2015: Infostandschulung des KV Tübingen

23. Oktober 2015: Einsendefrist für Anträge zur LDK Reutlingen

28. Oktober 2015: **Kreismitgliederversammlung**

20. - 22. November 2015: **Bundesdelegiertenkonferenz** in Halle

12. - 13. Dezember 2015: [Landesdelegiertenkonferenz](#) in Reutlingen.

Auf unserer Landesdelegiertenkonferenz in Reutlingen werden wir unser Landtagswahlprogramm beraten und beschließen.

Noch in Planung für den Vorwahlkampf im Herbst sind Veranstaltungen mit Silke Krebs, Oliver Hildenbrand, Theresia Bauer und Winne Hermann.



Daniel Lede Abal, MdL

V.i.S.d.P.

Büro Tübingen:

Poststraße 2-4 • 72072 Tübingen • Tel.: 07071/8895123 • Fax: 07071/8895131 • ledeabal.wk@gruene.landtag-bw.de

Büro Stuttgart:

Konrad-Adenauer-Str.12 • 70173 Stuttgart • Tel.: 0711/2063-652 • Fax: 0711/2063-652 • daniel.ledeabal@gruene.landtag-bw.de

Homepage: www.ledeabal.de